

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— Mk.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Bettzeile 20 Hfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 287.

Samstag, den 7. Dezember 1918.

75. Jahrgang.

Es kriselt.

Seit der berühmten gewordenen Donnerstagstimmung des Großberliner Soldatenrates fühlt der Vollzugsausschuss der USR, der in der Reichshauptstadt die höchste Gewalt an sich gerissen hat, sich nicht mehr ganz sicher im Sattel. Er entfaltet eine gesteigerte Tätigkeit, berichtet darüber in offizieller Form an die Öffentlichkeit und zieht mehr und mehr Fragen und Gegenstände in sein Arbeitsgebiet herein, deren Vernachlässigung ihm schwere Nachteile auszuwirken hätte. Er hat auch einen Reichsausschuss aus sich herausgehoben, hat Vertreter der süddeutschen Bundesstaaten, der Frontsoldaten in Ost und West in sich aufgenommen und mit der Presse Fühlung gewonnen. Trotz alledem, das Mißtrauen, das sich gegen den Vollzugsausschuss eingenistet hat, will nicht verschwinden, ja es hat sogar den Anschein, als wachse es immer höher empor, je lebhafter die Herren mit Mäklern und Wollknechten an der Spitze sich zu betätigen suchen. Werden sie den Sturm, der im Anzuge ist, siegreich überstehen können?

Der Ursprung aller Mißbilligungen scheint in der weitverbreiteten Empfindung zu liegen, daß der Rat der Vollzugsbeauftragten, also die Reichsleitung, die Regierung Ebert-Haase, wie sie in den Soldatenbeschlüssen immer genannt wird, in seiner Handlungs- und Bewegungsfreiheit durch den Vollzugsausschuss über Gebühr behindert werde. Und es ist natürlich klar, daß, wenn dem so ist, die Dinge nicht besser, sondern schlimmer werden müssen, je mehr der Vollzugsausschuss das Feld seiner Tätigkeit ausdehnt. Trotz aller Vereinbarungen mit dem Sechsmännerkollegium, trotz fortgesetzter gemeinsamer Beratungen und Besprechungen läuft die Maschine nur mit Knarren und Stöhnen des ganzen Gehänges von der Stelle. Werden, um nur ein Beispiel zu nennen, die diplomatischen Beziehungen zu dem in der ganzen Welt in Verruf geratenen Sowjet-Rußland von der Reichsleitung abgebrochen, so verliert der Vollzugsausschuss bei dem funktentelegraphischen Verkehr mit den Moskauer Machthabern, ja er wiederholt ausdrücklich die Einladung an die russische Sowjetdelegation zum Delegiertenkongress der deutschen USR für Mitte Dezember. Das tut er, obwohl eine Erklärung des Zentralkomitees der gesamten deutschen Offiziere vorliegt, daß er den russischen Abgesandten auf jeden Fall die Einreise nach Deutschland verweigern werde und daß die gesamten Soldatenräte der Offiziere unbedingt auf diesem Standpunkt verharren würden. Die Soldaten wollen aber das Reichshaus erhalten, sie wollen es — für alle — möglichst wohlhabend gehalten und sie wollen unter gar keinen Umständen, nachdem sie den Militarismus geküßt haben, eine Diktatur zulassen, die aus russischen Händen führen könnte. So klammert sich schon am Delegiertenkongress der Frontsoldaten in Bad Ems nach Berlin herüber, so haben jetzt auch die Berliner Garderegimenter ihre Stimme vernahmen lassen. Es bedeutet jedenfalls alles andere als einen Vertrauensvotum für den Vollzugsausschuss, wenn sie einmal einen Großberliner Aktionsausschuss einleihen als oberste Instanz zur Wahrung aller das Gardekorps betreffenden Angelegenheiten, und wenn sie außerdem einen Dreierausschuss bilden mit dem Auftrag, sich und damit alle die hinter ihm stehenden Regimenter der Regierung, Ebert-Haase rückhaltlos zur Verfügung zu stellen. Was das befehlen will, darüber wird auf allen Seiten volle Klarheit bestehen. Je mehr Fronttruppen überdies jetzt nach Berlin zurückkehren, desto mehr muß sich naturgemäß auch der Einfluß ihrer Vertreter in den maßgebenden Körperschaften verstärken. Man rechnet bereits für die dieswöchige Sitzung des Soldatenrates mit einer weiteren Klärung der Situation. Es stehen „Wahlen“ auf der Tagesordnung, ein Punkt, der weniger harmlos sein könnte als er aussieht. Der Vollzugsausschuss hat sich für berechtigt gehalten, verschiedene seiner soldatischen Mitglieder mit mehr oder weniger sanfter Gewalt aus seiner Mitte zu entfernen und sie durch Ernennungen oder Berufungen aus eigener Machtvollkommenheit zu ersetzen. Die Soldaten bestehen aber darauf, daß nur Soldaten ihres Vertrauens dem Vollzugsausschuss anzugehören haben. Insbesondere scheint der Vorliegende Brutus Wollknecht durch die ganze Art seiner Geschäftsführung ihr Mißfallen erregt zu haben. Nicht zu übersehen ist endlich, daß die Geldgebarung des Vollzugsausschusses gerade unter den Soldaten höchsten Unwillen erregt hat, während die Unantastbarkeit der Vollzugsbeauftragten über jeden Zweifel erhaben ist.

So führen alle Erwägungen immer wieder auf den Ausgangspunkt zurück: die Reichsleitung muß frei sein in ihren Handlungen und Entschlüssen, sie darf nicht auf Schritt und Tritt behindert werden durch eine Instanz, deren Eignung als Inhaberin der höchsten Staatsgewalt fraglich ist, sie muß aktionsfähig gemacht werden, wenn wir mit der Neuordnung der Dinge endlich vom Fleck kommen wollen. Es ist ein Kampf um die Macht, der anhebt, ein Kampf, dessen Austragung schwerlich bis zur Einberufung der Nationalversammlung vertagt werden kann. Die Soldaten scheinen entschlossen zu sein, ihn mit allen Mitteln, die ihnen von der herrschenden Demokratie in die Hand gegeben worden sind, durchzuführen. Sie werden indessen damit zu rechnen haben, daß auch der Vollzugsausschuss keine Waffe unberührt lassen wird, um sich zu behaupten.

Berliner Militärdemonstrationen.

Berlin, 6. Dez. Der Donnerstag brachte in das Straßenbild Berlins ein neues Gepräge. Geschlossene Truppentrupps durchzogen die Hauptstraßen der Stadt, um gegen die augenblicklich von der Spar-

tafungs-Gruppe immer bedrohlicher entfaltete Agitation gegen die Regierung der Volksbeauftragten energisch zu demonstrieren. Insbesondere hat der Bund der aktiven Unteroffiziere sich zusammengeschlossen, um die Regierung zu schützen und um etwaige Putzche von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu verhindern. Der Bund trat am Donnerstag mittag im Zirkus Busch zusammen und zog dann geschlossen vor das Reichstanzlerpalais, wo der Volksbeauftragte Ebert eine Ansprache hielt.

Ein Putzchversuch in Berlin.

Verhaftung des Vollzugsrats.

Berlin, 6. Dez. (WB) Der Vollzugsrat der U. u. S.-Räte teilt mit, daß ein Putzchversuch unternommen wurde. Kurz nach Beginn der Sitzung 4.30 Uhr wurde mitgeteilt, daß eine große Truppenmacht sämtliche Ausgänge des Hauses besetzt und im Begriff sei, einzudringen, um den Vollzugsrat zu verhaften. Kurz darauf drang ein Feldwebel der Garde-Pioniere mit etwa 30 Mann Pioniere und Marine, meistens junge Leute, ein und erklärte den Vollzugsrat im Auftrage der Reichsregierung für verhaftet. Auf das Ersuchen des Vorsitzenden, einen schriftlichen Befehl vorzulegen, erklärte er, daß er einen solchen nicht habe und nur den Befehl seines Vorgesetzten befolge. Der Offiziersstellvertreter gab seinen Leuten den Befehl, zunächst sechs Mann des Vollzugsrates und sodann weitere Trupps von je sechs Mann abzuführen. Inzwischen erschien der Volksbeauftragte Barth und erteilte im Namen der Volksbeauftragten dem Feldwebel den Befehl, mit den Mannschaften den Saal zu räumen. Nach anfänglichem Sträuben führte dieser den wiederholten Befehl aus.

Bewaffnete Soldaten verlangen vor der Reichskanzlei die Einberufung der Nationalversammlung auf den 20. Dezember.

Berlin, 6. Dez. (WB) Um 9 1/2 Uhr abends zogen Matrosen und Soldaten mit Gewehren in mehreren Kolonnen vor die Reichskanzlei. Ihr Führer Spiro sagte in einer Ansprache an die Truppe: Deutschland steht vor einer Katastrophe, wir verlangen, daß die Nationalversammlung für den 20. Dezember einberufen werden soll. Der Vollzugsrat darf die Regierung nicht länger unter Druck setzen. So bringe ich selbst das Hoch auf die deutsche Republik aus und auf ihren Präsidenten den Genossen Fritz Ebert. Darauf nahm Ebert das Wort und sagte: Ein einheitlicher Wille muß die Geschicke des ganzen Reiches leiten. Die Führung der Geschäfte muß fernher in den Händen der Reichsregierung liegen. Bergehet nicht, daß unsere heimkehrenden Kameraden mitwählen wollen. Geduldet euch bis zur Tagung der deutschen U. und S.-Räte am 16. Dezember, die sich über den frühesten Termin der Nationalversammlung schlüssig werden soll. Er schloß mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie. Nachdem sagte ein Mitgenosse aus Kiel: Ich habe an Ebert die klare Frage zu richten, ob er unsern Ruf zum Präsidenten der deutschen Republik folgt oder nicht. Mit fester Stimme antwortete Ebert: Ich werde nicht annehmen, ohne mit der Regierung gesprochen zu haben. Dann marschierten die Matrosen und Soldaten geschlossen ab.

Die Genossen Ebert, Scheidemann und Landsberg teilen gleichzeitig mit: Die Reichsregierung steht der Verhaftung des Vollzugsrates vollkommen fern. Die Truppen sind dabei mißbraucht worden, die Mitglieder des Vollzugsrates sind sofort frei zu lassen. Die Truppen fordern wir auf, in Ruhe die Kasernen aufzusuchen.

Bedaauerliche Vorgänge: Schieberei auf Arbeitslose.

Berlin, 6. Dez. (WB) In der Chaussee- und Invalidenstrasse sowie am Stettiner Bahnhof kam es abends zu bedauerlichen Vorgängen. Eine Arbeitslosen-Versammlung in den Germania-Prachtställen begab sich nach Schluß derselben zu einem Umzug auf die Straße. Als sich die Teilnehmer der Chaussee- und Invalidenstrasse näherten, wurde plötzlich aus den Häusern mit Maschinengewehren auf sie geschossen, wodurch leider 11 Personen getötet und eine Anzahl Leute verletzt worden sind. Die Schieberei setzte sich bis zum Stettiner Bahnhof fort, wo ebenfalls mehrere Verwundete und zwei Tote zu beklagen sind. Ferner hatte sich am Wollknecht eine große Menschenmenge angesammelt, die sich aber später, ohne daß es zu Ausschreitungen gekommen, wieder zerstreute. Von welcher Seite diese verbrecherische Handlung ausgegangen sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Polizeipräsident Eichhorn begab sich gegen 8 Uhr abends im Automobil nach der Gegend des Stettiner Bahnhofs und machte dann eine Rundfahrt auch nach anderen Stadtteilen, um sich von der Situation ein Bild zu machen.

Die kommenden Friedensverhandlungen.

Das von den Verbandsmächten aufgestellte Programm.

Ueber die Regelung der Friedensverhandlungen, die in drei Teilen stattfindet, melden die „Times“ aus Paris: Zuerst werden die Vertreter Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten diejenigen Punkte, die auf dem eigentlichen Kongress zu behandeln sind, besprechen und hierfür die Geschäftsordnung feststellen. Diese Besprechung wird im Schloß Grand Trianon bei Versailles stattfinden und wahrscheinlich bis Anfang Januar dauern. Nach dieser Festsetzung des Programms wird die Konferenz der Verbandsstaaten für März oder April einberufen. Auf einer Zusammenkunft in Paris wird in den nächsten Wochen das Geschäftsverfahren für diesen Kongress festgesetzt. Vertreter der feindlichen Staaten werden hierbei nicht zugelassen, weil es für den Augenblick keine Regierung gibt, die beanspruchen kann, Deutschland zu vertreten, und weil Österreich weiter nichts ist, als ein neuer Staat, der im Werden erscheint. Diese Konferenz wird sich als ein großer Friedenskongress der Verbandsstaaten einschließlich der neuen Staatswesen darstellen, und die zu fassenden Beschlüsse werden die Grundlage für einen Völkerbund bilden. Die Gegenseite soll aufgefordert werden, diese Beschlüsse zu unterzeichnen. Danach werden die Beschlüsse auf einer Weltkonferenz der Verbands-, der neutralen und der vier bisher feindlichen Staaten als Grundlage zur Verhandlung über einen Völkerbund dienen. Diese Verhandlung soll im Spiegelsaal zu Versailles stattfinden. Vielleicht werden in Versailles Vollsitzungen zur Unterzeichnung der Bedingungen des Verbandes stattfinden. Allein die vorbereitenden Gespräche sollen in kleinen Ausschüssen in Paris vor sich gehen, wahrscheinlich im Auswärtigen Amt.

Seine Kündigung des Waffenstillstandes zu erwarten.

Auf Anfrage der Heeresgruppe Herzog Albrecht teilt die Oberste Heeresleitung mit, es bestehe keinerlei Grund zu der Befürchtung, daß der Waffenstillstand von dem Verband gekündigt werde.

Auf dem Wege zum Frieden.

Das Finanzabkommen.

Das von der Waffenstillstandskommission abgeschlossene Finanzabkommen ist eine völlige Anebelung des deutschen Wirtschaftslebens, da unter ganzem Das und Gut als gemeinsames Unterpfand der Entente für deren Ansprüche festgelegt ist. Die Unterbindung der Verfügung über unsern Goldbestand und des gesamten Effektenhandels mit dem Ausland ist von weitreichendem Einfluß und läßt sich in den Folgen noch nicht restlos übersehen. Auch das darin enthaltene Verbot an die deutsche Regierung, die ihr gehörigen Werte (Eisenbahnen, Kanäle, Forsten, Industrie-Unternehmungen usw.) zu verkaufen, zu verpfänden oder zu kreditieren, wird ein schwerer Demmisch für uns sein.

Die Beschlüsse der Londoner Konferenz.

Aber die Beschlüsse der Londoner Konferenz wird aus dem Haag amtlich gemeldet, daß diese folgende Punkte betreffen: Weiterbestehen des Waffenstillstandes, Auslieferung des Kaisers, Entschädigungen und Vergütungen durch Deutschland, die britischen Interessen Italiens und Frankreichs, die Bildung von neuen Staaten, besonders in bezug auf die polnischen, süddeutschen (South-German), serbischen, griechischen, rumänischen und tschecho-slowenischen Bestrebungen, Ernährungs- und Schiffsverkehrsfragen und ihre Neuorganisation und Neuverteilung und schließlich die allgemeine Friedenskonferenz. Die Erwähnung Süddeutschlands ist doppelt wichtig; es ist möglich, daß darunter Deutsch-Österreich verstanden wird, denn sonst wäre die Bezeichnung reichlich unklar.

Geldausfuhr nach Frankreich.

Unsere Goldbestände bei der Reichsbank haben eine fühlbare Verminderung erfahren durch den mit der Entente abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag.

Berlin, 5. Dez. Die Reichsbank hat in Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages 93 536 Kilogramm Feingold im Betrage von rund 346 Millionen Mark nach Frankreich geschickt. Die Sendung ist unterwegs nach Paris.

Die mit Hartnäckigkeit aufgetretenen Gerüchte, daß dieser Goldbetrag, der seinerzeit auf Grund des Brester Vertrages aus Rußland kam, an die Bolschewiken abgeliefert worden sei, werden hierdurch restlos widerlegt.

England prüft unsere Zahlungsfähigkeit!

In einer Rede erklärt Bonar Law, England bestrebe auf der Auslieferung Wilhelm's II., um ihn vor ein Gericht zu stellen, da alle Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden müßten.

London, 5. Dez. Die englische Regierung vertritt den Standpunkt, daß die Deutschen bezahlen, aber man müsse erst prüfen, wie weit die Deutschen zahlen können, ohne daß die Alliierten selbst Nachteile davon haben. Die englische Regierung habe einen Ausschuss ernannt, um diese Fragen wissenschaftlich zu untersuchen. Auch die Alliierten werden einen Ausschuss zur Prüfung der gleichen Angelegenheiten ernennen.

heit einlegen. Dann würde man Schritte tun, um diese Bezahlung zu erzwingen.

Der Deutschenhof in England geht aber noch weiter, denn die Regierung gibt bekannt, England sei nicht bereit Deutsche wieder auf englischem Boden zu begrüßen, und die jeweilige Regierung werde nicht nur die jetzt internierten Deutschen zurückzuführen, sondern auch anderen Deutschen in Zukunft nicht erlauben, nach England zu kommen.

Die Feinde am Niederrhein.

In Düren sind inzwischen englische Kavallerie-Regimenter eingezogen. Der Kreis Düren wird 10 000 Mann Besatzung erhalten. In Oberasselt, dem linksrheinischen Teil der Stadt Düsseldorf, ist belgische Kavallerie eingezogen. Diese Schwadronen rücken nach Cleve weiter und werden von belgischer Infanterie abgelöst. Jeder Verkehr zwischen den beiden Rheinufern ist verboten, auch die Beförderung von Lebensmitteln und Milch aus dem besetzten Gebiet in den rechtsrheinischen Stadtteil ist nicht gestattet. Alle Lokale müssen abends 7 Uhr schließen, Ansammlungen sind verboten. Im übrigen ist jetzt auch an allen anderen Stellen der Verkehr mit dem linken Rheinufer völlig unterbrochen.

Die Amerikaner in Trier.

Berlin, 6. Dez. Wie ein aus Trier zurückgekehrter Vertreter des Auswärtigen Amtes mitteilt, vollzieht sich der Einmarsch der amerikanischen Truppen ohne jede störende Begleiterscheinung für die deutsche Bevölkerung. Das Urteil aller deutschen Kreise, wie der Ladenbesitzer, der Gastwirte und des Mannes auf der Straße geht dahin, daß das Benehmen der Amerikaner tadellos ist. Alles geht seinen gewohnten Gang. Die amerikanischen Kolonnen nehmen die größte Rücksicht auf den zivilen Straßenverkehr. Das vorgeschobene amerikanische Hauptquartier richtet sich seit Sonntag im neuen Regierungsgebäude ein. Es sind keinerlei Erlasse ergangen, die irgendwelche Beunruhigung in die Bevölkerung hineintragen könnten. Ein hoher Offizier vom amerikanischen Hauptquartier versicherte ausdrücklich, daß es der Wunsch der amerikanischen Führung sei, die Bevölkerung in keiner Weise zu stören. Am 9. Dezember werden die amerikanischen Linien bis Koblenz vorgeschoben sein.

Die Amerikaner in Trier gegen die Revolution.

Schweizer Blätter wissen zu berichten: Nach dem Einzug der Amerikaner in Trier versuchte das revolutionäre Komitee mit den Amerikanern in Verbindung zu treten, aber General Brown, der Kommandant von Trier, verteilte den Revolutionären den Empfang.

Unter der Franzosenherrschaft in Metz.

Der französische Kommissar in Metz hat durch Maueranschlag an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: Großmütig wird Frankreich diejenigen beschützen, die sich ehrlich betragen. Wenn Ihr Eure moralischen Verpflichtungen bereut, dann laßt Euch Frankreich edelmütig Eure Reue. Wenn Ihr aber dies nicht tut, dann seid Ihr mit Verachtung Eurer Niedertracht überlassen. — Die Pariser linksstehende Presse greift den Kommissar wegen dieser Beleidigung der Bevölkerung heftig an und appelliert an die Regierung, daß sie nicht solche unfähigen Beamten verwenden möge.

Der Kronprinz über den Krieg.

Ludendorffs Schuld.

Ein Vertreter der amerikanischen „Associated Press“ hatte dieser Tage auf der Insel Bleringen in Holland eine Unterredung mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen, der ihm u. a. folgendes erklärte:

„Ich habe auf nichts verzichtet! Ich habe kein einziges Dokument unterzeichnet, aber sollte die deutsche Regierung die Errichtung einer Republik nach Art von Amerika und Frankreich beschließen, dann werde ich ganz zufrieden sein, als einfacher Bürger nach Deutschland zurückkehren zu können und ich werde bereit sein, alles zu tun, um meinem Lande beizustehen.“ Auf die Frage des Korrespondenten, was er als Wendepunkt des Krieges angesehen habe, sagte der Kronprinz: „Ich hielt unsere Position für hoffnungslos nach der Schlacht an der Marne, die wir nicht verloren hätten, wenn die Chefs des Generalstabes nicht nervös geworden wären. Ich versuchte den Generalstab zu überzeugen, damals Frieden zu schließen, selbst auf Kosten von großen Opfern, wobei ich selbst soweit gehen wollte, Elsas-Vothringen aufzugeben. Man sagte mir jedoch, daß ich mich um meine eigenen Sachen kümmern sollte und meine Tätigkeit auf Aufklärung meiner Armee beschränken müßte.“ Über den Beginn des Krieges äußerte sich der Kronprinz: „Entgegen allen Behauptungen, die bisher im Ausland verbreitet worden sind, erkläre ich, daß ich den Krieg niemals gewollt und den Augenblick für sehr ungünstig gehalten habe. Von Anfang an war ich der Überzeugung, daß England am Krieg teilnehmen würde, aber Prinz Heinrich und andere Mitglieder meiner Familie teilten diese Meinung nicht.“

Wenn der Kronprinz einleitend erklärt, daß er auf nichts verzichtet habe, so muß man annehmen, daß diese Unterredung vor seinem Verzicht, der ja inzwischen erfolgt ist, gepflogen wurde.

Hindenburg als „Paradeponferd“.

Weiter äußerte sich der Kronprinz mit großer Erbitterung über die Arbeit des Generalstabes, der, wie er behauptete, für eine große Anzahl Fehler, u. a. für die Märzoffensive in diesem Jahre, welche er gegen seine eigene Überzeugung habe unternehmen müssen, verantwortlich sei. Er, der Kronprinz, sei gezwungen gewesen, zu gehorchen. Der Kronprinz betonte, daß Hindenburg die Haupttriebfeder der Kriegsführung Deutschlands gewesen sei, während Hindenburg nur als „Paradeponferd“ fungierte. Hindenburg und sein Stab hätten andauernd die Stärke des Feindes unterschätzt und hätten niemals geglaubt, daß Amerikas Truppenhilfe so groß sein würde, wie sie in Wirklichkeit geworden ist. Der Kronprinz bemerkte noch, ein Bewunderer Wilsons zu sein, der nach seiner letzten Überzeugung einen Frieden des Rechts für das deutsche Volk zustande bringen werde.

Hunger.

Abweichende Ansichten über die Lage in Deutschland. Haag, 5. Dezember.

Die Londoner „Westminster Gazette“ schreibt:

Die ersten Meldungen der Verlesterkasser bei den in Deutschland einziehenden Truppen lassen sich nicht veranlassen, daß das Land dem Verhungern nahe wäre. Sie läßt, daß die Bevölkerung des Rheinlandes unter Verhältnissen lebe, wie sie Belgien und das besetzte Frankreich seit Jahren nicht gekannt haben. Nichts läßt vermuten, daß die Bevölkerung Entbehrungen durchgemacht hat.

Das Blatt fügt hinzu, man könne zwar nicht ganz Deutschland nach diesen Berichten beurteilen, aber die Verbündeten müßten stärkere Beweise für die Hungersnot verlangen, ehe sie ihre Lebensmittel Deutschland opfern.

Was Deutschland braucht.

In seltsamem Gegenatz zu dieser Anschauung steht der Bericht eines Amerikaners aus Berlin, der sich für kleinliche Lebensmittelforderungen einsetzt. Schon vor mehreren Tagen hat übrigens Staatssekretär Scheidemann einem Vertreter der „Continental Times“ an der Hand statistischen Materials mitgeteilt, daß 70 % aller Schwangeren und Gebärenden in Deutschland unterernährt sind, daß die Sterblichkeit der ehelichen Kinder auf 30 %, die der unehelichen auf 50 % gestiegen ist, daß die jüngste Grippeperiode infolge der herrschenden Unterernährung und Blutmangel 20 % aller Wöchnerinnen und Schwangeren hingerafft hat. — Das alles wissen unsere Feinde. Gleichwohl weigern sie sich, die Bitte um 2000 Tonnen Rindermilch und 30 000 Tonnen Fett, die unsere Delegierten an sie richteten, zu erfüllen.

Und da mag es Lloyd George in seiner letzten Wahlrede zu sagen, daß die Friedensbedingungen zu einer Ordnung führen sollen, deren Grundlage die Gerechtigkeit ist, daß weder Rache noch Beugung dazu verleiten darf, die Grundlage der Gerechtigkeit außer acht zu lassen.

Aber die bedrohlichen Zustände

hat das Reichsernährungsamt an das Auswärtige Amt eine Denkschrift gerichtet, in welcher der drohende Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft geschildert wird. Es heißt darin:

Ein Durchhalten der vorgesehenen Rationierung erscheint schon heute vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Ration wird allgemein ausgegeben werden können. Nach dem 7. Februar würde sich gänzlichfalls nur eine Tagesration von 80 Gramm Mehl, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration, verteilen lassen. Diese Lage besteht sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember ausgetragene Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird, was kaum vor dem 1. Januar möglich sein würde.

Ebenso stellt die Denkschrift den Zusammenbruch der jetzigen Fett-, Fleisch- und Milchversorgung in Aussicht und weist auf die erschreckende Zunahme der Sterblichkeit in ganz Deutschland schon unter den bisherigen Verhältnissen hin.

Die Not in Österreich.

Ein amerikanischer und ein englischer Zeitungsvertreter sind aus der Schweiz über Wien kommend in Berlin eingetroffen. Sie entwarfen anschauliche Bilder von der in Deutsch-Österreich herrschenden Not. Danach ist Fleisch nicht mehr zu erhalten, Brot ist äußerst knapp. Bei äußerster Einschränkung dürften die vorhandenen Lebensmittelvorräte, wie die Stadtverwaltung uns versichert, höchstens noch zwei Wochen ausreichen und die Kohlenvorräte — für Hausbrand sowohl wie für industrielle Zwecke — in Wochenfrist aufgebraucht sein.

Die beiden Journalisten erklärten, daß sie in den Regierungskreisen Berlins einer befremdenden Zurückhaltung begegnet, die es ihnen unmöglich mache, einen Einblick in die Lage zu gewinnen. Nur ein solcher aber, der allein durch die Regierung gewährt werden kann, setze sie in den Stand, bei ihren Regierungen die Interessen Deutschlands zu vertreten.

Rheinisch-westfälische Republik?

Treu zum Reiche — los von Preußen.

Köln, 5. Dezember.

Zwei Riesensammlungen forderten gestern Abend nach Ansprachen der Reichstagsabgeordneten Elmhorn und Barth, sowie des Hauptredakteurs der Köln. Volksztg. Dr. Goller unter gewaltigem Beifall baldige Proklamation einer dem deutschen Reiche angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik.

Es wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: In Anbetracht der politischen Unmöglichkeit, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in Berlin jetzt eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Überzeugung, daß die Länder am Rhein mit Westfalen politische, kulturelle und wirtschaftlich ausreichende staatsbildende Kräfte besitzen, gibt die Versammlung ihrem festen Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines freien deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und von Westfalen aufzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkes aller Parteien im Rheinland, Westfalen und anderen Ländern am Rhein auf, baldigt die Proklamation einer dem Deutschen Reich angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten.

Die neuen bürgerlichen Parteien.

Zusammenschlüsse rechts und links.

Die Gruppierung der Wähler für die Nationalversammlung ist — mit Ausschluß der Frauen — im wesentlichen beendet. Von unbedeutenden Parteibildungen abgesehen, wird es sich neben den Sozialdemokraten, die wohl in drei Gruppen aufmarschieren werden, um die Deutsche demokratische Partei, das Zentrum und die Deutschnationalen Volkspartei handeln.

Die deutschnationalen Volkspartei.

Die neugebildete deutschnationalen Volkspartei umfaßt außer den bisherigen konservativen Richtungen auch den rechten Flügel der ehemaligen nationalliberalen Partei. Die deutschnationalen Volkspartei erklärt einen Aufruf zum Anschluß an die neue Partei, in dem es u. a. heißt, daß sie entschlossen sei, sich auf den Boden der neuen Staatsform zu stellen und an ihrem Ausbau mitzuwirken. Die Partei erstrebt ein geordnetes Staatswesen, ein starkes deutsches Volkstum, den Schutz des Privateigentums und die Erhaltung der lebensfähigen Kräfte des Christentums. — Die christlich-sozialen Partei hat sich der deutschnationalen Volkspartei angeschlossen. Die Führer der

Christlich-Sozialen, der Vorsitzende des christlich-sozialen Arbeiterkongresses Behrens und der Generalsekretär des Verbandes evangel. Arbeiterinnen Ballmann sind in den Arbeitsausschuß der deutschnationalen Partei einbezogen.

Vom Tage.

Die Armee Mackensen frei.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat durchgesetzt, daß von einer Internierung der Heeresgruppe Mackensen endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird mit der Bahn und zu Fuß fortgesetzt.

Sämtliche Mitglieder der Familie Romanow ermordet?

Reuter meldet aus Charkin: Der kleiner Bericht, wonach die Bolschewiki in Alapajewsk die Großfürsten Sergius und Nikolai Nikolajewitsch, die Großfürstin Elisabeth Theodorowna, die Prinzen Johann, Konstantin, Nikolai und Paul ermordet hätten, wird bestätigt. Sie wurden gezwungen, in ein Bergwerk zu springen, wo ihre Leichen jetzt gefunden wurden. Die russischen Blätter melden aus derselben Quelle, daß die Bolschewiki auch die Jarin und ihre Kinder, deren Leichen noch nicht gefunden worden sind, bevor sie die Morde in Alapajewsk begingen, ermordet hätten. Die Namen aller Mörder, die nach Perm abgereist sind, seien bekannt.

Streikandrohung der Augsburger Offiziere.

Die Offiziere der Garnison Augsburg wollten am Freitag früh ihren Dienst einstellen, wenn bis zur Nacht keine befriedigende Erklärung der Staatsregierung über die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ansprüche der Offiziere erfolgt sein sollte.

Die Sicherung der englischen Seeherrschaft.

Nachrichten aus Holland zufolge wird die englische Regierung bei den Friedensverhandlungen fordern, daß Deutschland seine Flotte mehrere Jahre lang in den Verbandsländern interniert lassen muß. England vertritt diese Forderung, um zu verhindern, daß Deutschland als militärische Macht nochmals Bedeutung erlangen könne.

Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten teilte Oberbürgermeister Bermuth mit, daß die Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin außerordentlich schnell steige und daß am Donnerstag bei den städtischen Arbeitsnachweisen der Gemeinde Berlin allein 19 000 beschäftigungslose Personen eingetragen worden wären.

Befehle von Ludwigshafen.

Mannheim, 5. Dez. Die Befehle von Ludwigshafen durch Entenetruppen erfolgte heute.

Wie der ehemalige deutsche Kronprinz lebt.

Jülich, 5. Dez. Die „Neue Jülicher Zeitung“ meldet aus dem Haag, der ehemalige deutsche Kronprinz lude sich die Zeit möglichst zu vertreiben. Er besuche fleißig die Häuser der Fischer und beschenke die Kinder mit Süßigkeiten. Bei schlechtem Wetter trage er die landesüblichen Volksstube. Der frühere Kronprinz bewege sich ganz frei, von Bewachung sei keine Rede.

Hunger- und Entkräftungsstod im Reiche.

Basel, 5. Dez. Das „Baseler Volksblatt“ erzählt, daß seit dem Beginn des Waffenstillstandes im deutschen Reich Gebot an Entkräftung und Hunger 50 000 Menschen gestorben seien.

Gegen bayerisch-tschechische Abmachungen.

Prag, 5. Dez. Die deutsche Reichsregierung hat hier gegen die Sondervereinbarungen Bayerns mit der tschechoslowakischen Republik Einspruch erhoben.

Kontrolltruppen der Entente in Deutschland.

Genf, 5. Dez. Zur Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen mit Deutschland sollen angeblich verschiedene größere Orte in Deutschland kontrolliert werden. Polizei- und Kontrolltruppen der Entente rücken zum Einmarsch bereit.

Wilson und die Böhmen.

Prag, 4. Dez. Wie die tschechischen Blätter mitteilen, wird Wilson bezüglich des Selbstbestimmungsrechtes Böhmens auf dem Standpunkt stehen, daß die Grenzen der Länder Böhmen, Mähren und Schlesien vom 1. August 1914, dem Tage des Kriegsausbruches, die Grundlage sein müßten. Innerhalb dieses Staatsgebietes können allerdings die Deutschböhmen eine weitgehende Autonomie ihrer kulturellen und selbständigen Entwicklung ausgebildet erhalten.

Kein Gas mehr in Wien.

Wien, 5. Dez. Die Kohlennot ist so sehr gewachsen, daß für Beleuchtung in Privathäusern die Gasabgabe gänzlich eingestellt werden mußte. Die Lebensmittelvorräte reichen nur noch für eine Woche. Frankreich soll die Tschechen dringend ersucht haben, Kohlen und Lebensmittel nach Wien zu liefern.

Kommt Wilson nach Deutschland?

Basel, 5. Dez. Die „Morning Post“ will wissen, Präsident Wilson werde während seines europäischen Aufenthaltes sich durch persönliche Kenntnisnahme über die Lage in Deutschland unterrichten. Davon werde die Lebensmittelförderung Deutschlands abhängig gemacht werden.

Eine südbosnische Republik.

Budapest, 5. Dez. In Ujvidek hat sich eine südbosnische Republik gebildet, die mit den Jugoslawen nichts zu tun haben will.

Vorfriede im Dezember?

Genf, 5. Dez. Das Pariser Auswärtige Amt hat auf Anfrage ausdrücklich bekräftigt, daß keinerlei Hindernis vorliege, die Unterzeichnung des Vorfriedens Ende dieses Monats vorzunehmen.

Änderungen im Auswärtigen Amt.

Berlin, 5. Dez. Wie bestätigt wird, ist der Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Birkl, Geh. Rat Dr. Kriege, zur Disposition gestellt worden. Zu seinem Nachfolger ist der Geh. Legationsrat Dr. Simons ernannt worden, der bisher schon in derselben Abteilung des Amtes tätig war.

Aufführungszentrale Ost.

Berlin, 5. Dez. Der Berliner Volksrat hat beschlossen, zur Stärkung und zum Ausbau der sozialistischen Interessen im Sinne der neuen Republik als Provisorium bis zum 18. Dezember 1918 eine Aufführungszentrale Ost für alle dortigen USK zu schaffen.

Kein Tschechenfall in Schlesien.

Brag, 5. Dez. Die Regierung der tschecho-slowakischen Republik hat amtlich erklärt, daß sie nicht beabsichtigt, in Schlesien einzufallen. Die Nachricht, daß ein Einfall in Preussisch-Schlesien beabsichtigt sei, sei vollkommen unrichtig.

Die Engländer in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 5. Dez. Das englische Dampfschiff „Herkules“ mit der Entente-Kommission an Bord ist in Begleitung von fünf Torpedobooten heute mittag kurz nach 12 Uhr in den Jadebusen eingelaufen.

Schamlose Weiber in Heidelberg.

Heidelberg, 5. Dez. Bei dem Abtransport französischer Offiziere aus dem Gefangenenlager spielten sich empörende Szenen ab. Würdelose Frauen und Mädchen begleiteten den Zug zur Bahn, wobei einige Weiber Arm in Arm mit Franzosen gingen. Hier Verhaftungen wurden vorgenommen.

Politisches.

Herborn, den 7. Dez. 1918.

Bestern Abend fand im Lokale Louis Lehr die vom Fortschrittlichen Volksverein einberufene Mitgliederversammlung statt, die einen guten Besuch aufwies. Nach einem kurzen, politischen Wochenreferat und eingehender Besprechung der jetzigen Lage wurde der Fortschrittliche Volksverein aufgelöst und einstimmig der Demokratische Verein Herborn, der aus dem Programm der Deutschen demokratischen Partei steht, gegründet. Zweck der Organisation ist die Sammlung sämtlicher, wahlberechtigten, deutschen Frauen und Männer, die diese Grundsätze anerkennen, um die persönliche Meinung aller demokratischen Arbeiter, Bauern und Bürger bei der bevorstehenden Nationalwahl, sowie sonstigen späteren Wahlen für Staat und Kommune in voller Macht zur Geltung zu bringen. Die Satzungen des Vereins wurden festgesetzt und ein provisorischer Ausschuss gebildet, doch sollen nach Rückkehr der Krieger hierüber erst endgültige Beschlüsse gefaßt werden. Die geheime Wahl des Vorstandes zeitigte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Ferdinand Nicodemus, Rechtskonsulent, 2. Vorsitzender A. Lauer, Korrespondent, Schriftführer A. Meyer, Amtsgerichtssekretär, Kassierer Leop. Hecht, Kaufmann, Beisitzer Th. Arnold, Lehrer, W. Blanke, Schlosser, Karl Citron, Amtsrichter, A. Gut, Lehrer, Ferd. Jüngst, Louis Lehr, Kaufmann, Jac. Neuenborff, Otto Schumann, Gastwirt. Mit lebhafter Freude wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die Nationalliberalen sich der Deutschen demokratischen Partei anschließen. Eine sehr lebhaft ausgeprägte Rede über die bevorstehenden Arbeiten und Aufgaben statt. — An alle Männer und Frauen des Distriktes ergeht hiermit der Ruf: Tretet der Deutschen demokratischen Partei bei! Die Partei der Nichtwähler muß aufhören im neuen, deutschen Volksstaat. Jedermann muß mitarbeiten am Wiederaufbau unseres schwer geprüften Vaterlandes. Männer und Frauen, Arbeiter, Bauern und Bürger des Distriktes zeichnet Euch in die Mitgliederliste der Deutschen demokratischen Parteien! Wo noch keine Ortsvereine bestehen, gründet solche! Der Demokratische Verein Herborn steht Euch gerne mit Rat und Tat zur Seite.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 7. Dezember 1918.

* In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung waren sämtliche 18 Stadtverordneten anwesend, der Magistrat durch die Herren Bürgermeister Birkenhahn, Stadthalter und Beigeordneten Rückert und Magistratschöffen Schramm vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Stadtverordn. Hofmann zu ungefähr folgenden Ausführungen das Wort: „Meine verehrten Herren! Verschiedene von Ihnen haben an der Bürgerversammlung am letzten Samstag abend teilgenommen. Ueber den Verlauf derselben sind Sie also unterrichtet.“

Alle Besucher dieser Versammlung werden mit mir die Ansicht teilen, daß in derselben von den verschiedensten Berufsvertretern meistens klare und verständliche Worte gesprochen worden sind. Aber ein Teil der Rede des Herrn Lehrer Arnold hand in Widerspruch zu Zweck und Ziel des Abends.

Der Angriff war gegen die städtischen Körperschaften gerichtet. Der Sinn der Rede war kurz gesagt etwa folgender: „Der Bürgermeister ist in der Stadt Alleinherrscher, die städtischen Körperschaften tun und beschließen was dieser haben will.“

Gegen diesen Vorwurf muß ich hier namens meiner Kollegen ganz entschieden Verwahrung einlegen.

Wir erkennen nicht den Wert einer gesunden Kritik. Zur rechten Zeit und am rechten Ort geübt, sachlich und gerecht gehalten, wird sie dem, der sie betrifft, von Nutzen sein.

Es sei mir gestattet, hier aus dem Gedächtnis ein Teil der Worte zu wiederholen, welche in einer ersten Jannuartagung von dieser Stelle aus gesagt wurden und welche auf das gemeinsame Zusammenarbeiten des verflossenen Jahres sich bezogen.

„Die Lebensmittelversorgung unserer Stadt war bis jetzt noch geordnet und eine hinreichende, und das ist in erster Linie den Bemühungen und der Umsicht unseres Bürgermeisters zu verdanken. Aber auch die verschiedenen Kommissionen und eine Anzahl von Damen und Herren haben im Ehrenamt mitgeholfen, die überaus schwierigen Aufgaben zu erfüllen, welche die Not der Zeit an die Stadtverwaltung stellt. Allen Mitwirkenden gebührt Dank und Anerkennung. Die Protokolle der Einzelkommissionen in der Stadtverwaltung geben Zeugnis von dem Ernst, mit welchem die Mitglieder ihres Amtes gemacht haben, um die von dem Magistrat eingebrachten Anträge und Vorlagen vorzubereiten und für unsere Beschäftigten vorzubereiten. Daß die Beschlüsse in den Sitzungen meistens einheitlich und zustimmend gefaßt werden konnten, ist auf jene gründlichen Vorbereitungen zurückzuführen. Aber auch ein anderer Umstand mag mit hierzu beitragen: Bis jetzt sind parteiische Spaltungen unserem Kollegium fern geblieben. Trotz der Verschiedenartigkeit unserer Gesinnungen haben wir die gegenseitigen Anschauungen unter einander geachtet; wir waren bei unseren Beratungen stets bemüht, den Ton reiner Sachlichkeit zu wahren.“

Somit ein Teil der Worte von damals!

Es sei nun weit entfernt von uns bedauerliche Vorkommnisse zu beschönigen, welche in der städtischen Verwaltung vorgekommen sind, oder angeblich vorgekommen sein sollen. Bedenken wir aber doch, daß je größer der Apparat ist, je schwieriger sich seine Bedienung gestaltet. Meine Herren! Sie wissen, was in dieser bitteren ersten Zeit für unser Volk und für uns Alle auf dem Spiel steht. Da tut Ruhe und Einigkeit not. Von dem was hinter uns liegt, muß das ganze Streben und zwar von Allen in gleicher Weise darauf sich richten, was das Hauptziel für uns Alle ist, wenn anders wir zu einer gedehlichen Entwicklung in unserer Stadt und in unserem Vaterland kommen wollen.

Daß wir für dieses schwere Ringen und Arbeiten in den jetzt gewählten Mitgliedern des Bürgerausschusses treue und tatkräftige Mitarbeiter finden, gereicht uns zur Freude und Genugung.

Und wenn unter der Hege des neuen Wahlgesezes der Zeitpunkt kommen sollte, daß wir, die (zum Teil schon seit der Einführung der Städteordnung) übernommene Bürde auf andere übertragen sehen, dann hoffen wir in ihnen ehrenhafte Männer zu finden, welche der Stadt Bestes wollen und wählen.“

Herr Hofmann fügt dem hinzu, daß in der Bürgerchaft die Frage wohl auftauchen werde, warum er nicht in der Versammlung auf die Ausführungen des Herrn Arnold geantwortet habe und begründet das damit, das er gefürchtet habe, daß man dann noch mehr auf Abwege geraten würde und Sachen erörtert würden, die nicht in den Rahmen der Versammlung paßten. Seitens des Magistrats wird durch Herrn Rückert erklärt, daß der Magistrat die Angriffe des Herrn Arnold tief bedauere. Stadtv. Klein will Herrn Arnold zur Verantwortung gezogen haben, denn er habe das Gesamtkollegium heruntergesetzt und den Bürgermeister an der Spitze gewissermaßen als Diktator hingestellt, es wäre gewesen, als ob die Versammlung im „Rasauer Hof“ eigens zu dem Zweck statgefunden hätte, um der Stadtverordneten-Versammlung und dem Magistrat „Eins auszumischen“. So lange er Stadtverordneter sei, sei alles mit rechten Dingen zugegangen und die Beschlüsse seien stets ordnungsmäßig gefaßt worden. Nach den Ausführungen des Stadtverordneten Nicodemus ist Herr Arnold zu weit gegangen, er müsse seine Verdächtigungen begründen und beweisen, das habe die Stadtverordneten-Versammlung zu fordern. Stadtv. Seifler bemerkt, daß die Sache mit Herrn Arnold schon seit vielen Jahren spiele und bezeichnet im weiteren die Arnoldschen Angriffe als Mörgelei. Nach seinem Wissen sei in den Stadtverordneten-Versammlungen alles rechtlich zugegangen und nichts diktiert worden. Stadtv. Baumann erklärt hierauf, daß die Arnoldschen Ausführungen in der Bürgerchaft, namentlich in der jetzigen tiefsten Zeit sehr mißfallen hätten. Herr Arnold sei mit seinen Angriffen zu weit gegangen und die Versammlung müsse dagegen Front machen. Stadtv. Beck ist der Ansicht, man solle diese Angelegenheit nicht unnötig aufkaufen. Jeder müsse ja wissen, ob er seine Pflicht und Schuldigkeit getan habe. Im Uebrigen müßten sich Stadtverordnete und Magistrat, namentlich in der heutigen Zeit, auch eine abfällige Kritik gefallen lassen. Stadtv. Direktor Jung schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Zu der Angelegenheit reden im weiteren Verlauf noch die Stadtverordneten Postsekretär Jung, Schumann und Nicodemus. Mit Bezug auf die Angriffe Arnolds, zitiert der Herr Stadtverordnetenvorsteher das Gedächtniswort, daß man dem, was dem einen nicht gefällt, Besseres gegenüberstellt; im Ubrigen ist Redner derselben Ansicht wie die Herren Beck und Jung und dafür, die Sache auf sich bewenden zu lassen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärt. (Fortf. folgt.)

* Das bayerische Verdienstkreuz 3. Klasse erhielt der Junker Hermann Böhm aus Schönbach.

* Der Krieg ist wirklich zu Ende. Das beweist die Tatsache, daß die ersten reisenden Handwerksburschen wieder auftauchen und um Beschäftigung nachfragen.

Koblenz. Am Montag nachmittag drangen zahlreiche Zivilpersonen und Soldaten in die Stallungen der Korpskaserne ein und führten daraus etwa 300 Stück Vieh weg, ohne daß sie von irgend einer Wehr daran gehindert wurden. Bei den Tieren handelt es sich um feuchterverdächtige Kähe.

Höchst a. M. Beim Durchzug mehrerer Infanteriekolonnen erregte am Mittwoch die auf dem Rathaus flatternde rote Fahne das Mißfallen der Soldaten, wobei es zu Kundgebungen kam. Hierauf tippte ein Mitglied des A. und S. Rates in nicht mißverständlicher Weise mit dem Finger an die Stirn. Nunmehr stürmten die Soldaten in das Rathaus, rissen die Fahne herunter, zerrissen sie und ließen sie schließlich von nachfolgenden Fuhrwerken kurz und klein fahren. — Auch in Nied holten heimkehrende Fronttruppen die rote Fahne vom Rathaus herunter.

Nied a. M. In der Krimstraße machte sich Mittwoch früh an einem Sammelplatz ein überaus lästiger Gasgeruch bemerkbar. Als ein Arbeiter mit Gasmaske den Schacht untersuchte, fand er auf dem Boden einen 17-jährigen Burschen aus Höchst tot vor. Der Lebensmüde hatte den Deckel des Schachtes gewaltsam geöffnet und dann in der Tiefe das Ventil eines Gasrohrs aufgeschraubt. Der Gasarbeiter wurde bei der mühsamen Bergung der Leiche, trotz Gasmaske, selbst beginnungslos und konnte nur mit größter Anstrengung gerettet werden.

Langenschwalbach. Einem hiesigen Kaufmann wurden 70000 Zigarren und 30000 Zigaretten beschlagnahmt, die er während des Krieges zu hohen Preisen aus Gewinnsucht eingekauft hatte und nun zu noch höheren Preisen veräußern wollte. Jetzt muß der profitgierige Mann die Ware weit unter dem Einkaufspreis absetzen.

Sonnenberg. Bei dem Durchzug von Artillerie kletterte ein Junge, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt, auf ein Geschütz. Er stürzte ab, wurde überfahren und sofort getötet.

Frankfurt a. M., 5. Dez. Neben der ständigen Polizeiwache wurde von heute ab das Polizeipräsidium noch mit einer Anzahl Matrosen besetzt. Gelnhausen. Der A. und S. Rat setzte 500 Mark Belohnung für die Ermittlung des Täters aus, der die rote Fahne vom Rathaus herunter holte und zerriss.

* Furchtbare Wirkungen der Grippe in Indien. Die Verwüstungen, die die Grippe-Epidemie in Indien angerichtet hat, sind furchtbar gewesen: es sollen nicht weniger als 30 Millionen Menschen umgekommen sein.

* Ein Fall Kupfer in Schweden. Der frühere spanische Konsul in Sundsvall, Henrik Åslund, hat Selbstmord verübt, nachdem er gungläubige Freunde um mehrere Millionen Kronen beschwindelt hatte. Unter der Vor Spiegelung, das Geld für einträgliche Geschäfte zu gebrauchen, zahlte er den Geldgebern monatlich 15 bis 20 % Zinsen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Lebensmittelversorgung.

Am Montag Verkauf von Zwiebeln gegen Abtrennung von Abschnitt Nr. 5 der Lebensmittelkarten in folgenden Verkaufsstellen:

Nr. 1-800	Friedr. Zipp
„ 801-1600	Karl Mährlen
„ 1601-2400	Kassers Kaffee-Geschäft
„ 2401-3200	Gust. Meckel
„ 3201-4000	Friedr. Bähr
„ 4001 ab	Konsum Sandweg.

Behälter und Düten sind mitzubringen.

Am Mittwoch Verkauf von Butter gegen Abtrennung von Abschnitt Nr. 3 der grauen Fettkarten in der Verkaufsstelle von Fr. Krimmel und Abschnitt Nr. 3 der gelben Fettkarten in der Verkaufsstelle von M. Piskator.

Am Donnerstag Verkauf von Graupen gegen Abtrennung von Abschnitt Nr. 6 der Lebensmittelkarten in folgenden Verkaufsstellen:

Nr. 1-800	Paul Quast.
„ 801-1600	Peter Pring
„ 1601-2400	Theod. Pfeiffer.
„ 2401-3200	Oskar Doeinck
„ 3201-4000	Aug. Kureck.
„ 4001 ab	Konsum Sandweg.

Herborn, den 6. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf den Dezember-Abschnitt kommen 3 Pfund Kalziumcarbid zur Verteilung.

Die Verkaufsstellen sind von uns ermächtigt, die Ausgabe dieser Menge vorzunehmen.

Dillenburg, den 1. Dezember 1918.

Kreisgetreidekommission.

Für Wiederverkäufer! Sofort greifbar!

1917er prima Rheinweine

in Fässern und Flaschen
von ersten Weingütern des
Rheines empfiehlt

Franz Henrich, Dillenburg. Telefon Nr. 44.

2 tücht. Schreiner (Modellschreiner bevorzugt)

und

1 Schmied

gesucht.

Berkenhoff & Drebes, Merkenbach.

Gießener Pädagogium.

Höhere Privatschule für alle Schularten. Sexta—Oberprima. Einjährig-, Primar-, Abiturienten-Prüfung. Individueller Unterricht. Kleine Klassen. Arbeitsstunden. In etwa 25000 qm Park. Gute Verpflegung. Schülerheim. Charakterbildung durch Arbeit und Pflicht. Gießen a. d. Bahn, Wilhelmstr. 16, Nähe Universität. Fernr. 2075. Beste Erfolge. Direktor Brackmann.

Zwei tüchtige

Schuhmacher-Gesellen

sofort gesucht.

Karl Bertelmann, Schuhmachermeister,
Herborn, Hauptstraße 71.

Maurer, Tagelöhner und Betonarbeiter.

H. W. Rinn, Dillenburg.
Laufenderstein 3.

Herren- und Knaben-Bekleidung

in ganz hervorragender Auswahl empfiehlt

Herren-Anzüge

Jünglings-Anzüge

Knaben-Anzüge

Herren-Paletots

Jünglings-Älster

Knaben-Pnjacks

Herren-Hosen

Jünglings-Hosen

Knaben-Hosen

Ferner führe:

Sport-Pelze

in großer Auswahl.

Ersatz-Bekleidung

in Cellulose-Geweben.

Stoffe

zur Anfertigung bester Maßarbeit.

Das Wenden und Verändern von getragenen Kleidungsstücken hilft vielfach über die jetzige Stoffnot hinweg. Dieses wird ebenfalls in meinen Werkstätten zu festgelegten Tarifpreisen tadellos ausgeführt.

Telefon 2060. **Carl Frensdorf, Giessen.** Ecke Neustadt Bahnhofstr.

Größte Auswahl in Herren- und Knabenbekleidung Oberhessens.

Mein Geschäft ist geöffnet: Werktags: von 8-1 Uhr und 3-7 Uhr
Sonntags: von 11-3 Uhr.

Nassauer, werbet für die deutsche demokratische Partei!

Wir fordern:

1. Einen freien Volksstaat und bekämpfen jede Gegenrevolution von unten und oben.
2. Sofortige Wahlen zur Nationalversammlung nach der gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahl für alle großjährigen Volksgenossen beiderlei Geschlechts.
3. Energische Fortführung der sozialen Gesetzgebung, Sicherung des Koalitionsrechtes aller Stände, Maßnahmen zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft, Schaffung von Bauernland durch Aufteilung von Domänen und geeigneter großer Güter.
4. Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung des Eigentums, glatte Erledigung der Verwaltungsgeschäfte in Reich, Staat und Gemeinde und vor allem:

Frieden, Arbeit und Brot!

Anmeldungen zur deutschen demokratischen Partei erfolgen bei den Ortsvereinen oder bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes in Wiesbaden, Bachmayerstraße 10.

Rübenschnneider, Rübenmühlen

in verschiedenen Ausführungen empfiehlt

J. W. Rincker, Sinn.

Tüchtige

Holzfuhrlente

suchen

Gebrüder Cloos, Wehlar.

Küchenschrank

zu kaufen gesucht. Näh. in der Geschäftsst. ds. Bl.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den höchsten Tagespreisen. Unfälle werden schnell erledigt. Zahle hohe Prov. für Vermittelung.

J. Schwarz, Siegen, Leystraße 3. Telefon 361.

Weltbekannt

sind meine verbesserten

Wand- und Tisch-

Kaffee-Mühlen

mit garantiertem Mahlwerk, geeignet für sämtliche mahlfähigen Produkte, bis 45 Pund Stundenleistung. Man verlange Prospekt.

Ed. Reiche, Haspe.

Ein Dienstmädchen gesucht.

Hauptstraße 8.

Für seinen kinderl. Haushalt, 2 Pers., neben Köchin tüchtiges, gewandtes

Kausmädchen

gesucht. Angeb. mit Zeugnissen an

Fr. Dr. Stein, Bad Nauheim, Villa Kaltbrunn.

Hoher Verdienst

für Hausierer und Detail-Reisende durch Vertrieb von zugkräftigen Artikeln. Interessenten wollen sich melden unter R. Nr. 2030 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Gute

Bogelsberger Fahrkuh

(hochträchtig) steht zu verkaufen. Drahtzieherm. Kämpfer, Werkenbach.

Schöner

Mädchenhut

zu verkaufen.

Dollenbergstr. 7.

Ich übernehme die Anfertigung von

Herren-Anzügen nach Mass

aus zugegebenen Stoffen

sowie das

Wenden und Umarbeiten

von getragenen Herren-Anzügen und Paletots.

Gewendete Kleidungsstücke

werden wieder wie neu.

F. Wilhelm Lehr

Wetzlar, Eisenmarkt.

Telefon 94.

Zimmerer- u. Bauschreinerarbeiten

Treppen aller Art, sowie alle vorh. Reparaturen fertigt schnell und gut

Karl Schorch, Zimmermeister u. Bauunternehmer.

Preisliste kostenlos!

Alle Formen teils schon tragende

Obstbäume

Beerensträucher

sowie

Rosen

Ziersträucher und

Alleebäume

empfiehlt

Siegerländer

Baumschulen

Willi Pätzold,

Weidenau (Siege)

Billigste Preise!

Machen Sie eine

Probebestellung.

Nähmaschinen- u.

Zentrifugenöl

loose wieder erhältlich.

Drogerie H. Doeindt.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den denkbb. höchst. Preisen

Aug. Kehler, Wehlar

Telefon 192. Lahnstr. 23

Kirchliche Nachrichten.

Herborn:

Sonntag, 8. Dezember

Abends 8 1/2 Uhr:

Versamml. im Vereinshaus

Reichsbank-Girokonto.

Fernsprecher 43.

L. Pteitter

Postscheck-Konto

Frankfurt a. M. Nr. 18450

Depositenkasse Dillenburg Dillenburg.

Hauptgeschäft Kassel :: Zweigstellen Fulda, Hersfeld, Marburg Wildungen, Witzenhausen :: Agenturen Allendorf, Bebra, Hünfeld

Scheckrechnungen

Zinsvergütung: 3 1/2 %

Kostenlose Abgabe von Briefschecks, Postkartenschecks, Ueberweisungsvordrucken und Scheckbriefen.

Geld für die 9. Kriegsanleihe verzinst sich mit 4 1/2 % bis zum ersten Einzahlungstage.

An- und Verkäufe von Wechseln und Wertpapieren.

Verwaltung und Verlosungskontrolle von Wertpapieren.

Alle sonstigen bankmässigen Geschäfte.

Depositen (Spar)-Rechnungen

Zinsvergütung:

3 1/2 % bei täglicher Kündigung

4 % „ 1/4 jährlicher „

Bei längerer Kündigung nach Vereinbarung.